



---

## **Ausschuß für Innere Verwaltung**

41. Sitzung (nicht öffentlich)

29. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

**hier: Demonstration anlässlich der NPD-Kundgebung am 24.10.1998 in Bonn - Massive Eingriffe von Landtagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Landtags Nordrhein-Westfalen**

1

- Bericht eines Mitarbeiters des Ministeriums für Inneres und Justiz
- Diskussion

Der Vorsitzende teilt mit, er werde das Thema gemäß Rücksprache mit dem Minister in die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses am 12. November aufnehmen.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Einzelplan 03 - Bereich Inneres -

Vorlagen 12/2213 und 12/2265

Zuschriften 12/2108, 12/2154, 12/2178, 12/2278, 12/2200, 12/2279, 12/2321  
und 12/2344

7

- Kurze Mitteilung des Vorsitzenden über die Terminplanung

**3 Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3186

Vorlage 12/2210

8

Der Ausschuß verständigt sich darauf, zu diesem Thema am 26. November ab 10 Uhr eine Anhörung durchzuführen. Die Namen der von den Fraktionen gewünschten Sachverständigen sollen dem Ausschußassistenten bis zum Dienstag, dem 3. November, mitgeteilt werden.

Einstimmig billigt der Ausschuß dann den vom Vorsitzenden eingebrachten Änderungsantrag betreffend den vorliegenden Gesetzentwurf. Danach soll der Text von Seite 16 der Drucksache unter 1.3 von "sowie für die Ämter, die" bis "sind.", dem letzten Wort unter dem Buchstaben "b)", nach Seite 17, angefügt an den Text von Absatz 8, umgesetzt werden.

**4 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen  
(Verdachtsunabhängige Kontrollen)**

Drucksache 12/3278

9

Der Ausschuß beschließt, zu diesem Thema in der ersten Sitzung des Innenausschusses nach der Jahreswende ein Fachgespräch durchzuführen.

Der Vorsitzende bittet darum, die Namen der Sachverständigen bis Mitte nächsten Monats an den Ausschußassistenten weiterzuleiten.

**5 Bericht der Projektgruppe Personal-/Organisationsentwicklung und Führung in der Polizei Nordrhein-Westfalen**

Vorlage 12/2274

10

- Bericht des Staatssekretärs
- Stellungnahmen eines Vertreters der Fraktion der CDU und der SPD

Der Ausschuß verständigt sich mit dem Minister auf einen ersten Zwischenbericht in der Januar-Sitzung des Ausschusses.

**6 Stand der Umstrukturierung der Hubschrauberstaffel des Landes Nordrhein-Westfalen (s. APr 12/947, S. 1)**

Vorlage 12/2320

12

- Kurze Diskussion

**7 Einführung der Leistungsprämie im Bereich der Polizei**

13

- Kurze Diskussion

**8 Zukunft der Polizeiausbildungsinstitute**

13

- Bericht des Staatssekretärs
- Kurze Diskussion

**9 Nutzung der Möglichkeiten der IT-Verfahren bzw. der IuK-Technik im Geschäftsbereich Inneres und zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz**

15

Aufgrund der Mitteilung des Staatssekretärs, ein etwa 25seitiger Bericht zu diesem Thema befinde sich auf dem Weg an den Landtag, verständigt sich der Ausschuß auf den Vorschlag des Heinz Paus (CDU), diesen Punkt zu vertagen.

**10 Möglichkeiten und Planungen zur Privatisierung im Bereich der Polizei bzw. polizeilicher Aufgaben**

15

- Bericht des Ministers für Inneres und Justiz

**11 Konkretisierung der Antwort der Landesregierung - Drucksache 12/3344 - auf die Kleine Anfrage - Drucksache 12/3233 - betreffend *Einsatz der Mittel für den Bereich der Prävention von Straftaten***

16

- Stellungnahme des Staatssekretärs

Für die CDU-Fraktion bittet Heinz Paus darum, schriftlich mitzuteilen, wie sich der zentrale Einsatz der Präventionsmittel durch die Landesregierung darstelle, allerdings ohne behördenscharfe Abgrenzung.

**12 Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen**

hier: Benennung eines Mitgliedes des Beirats gemäß § 9 Abs. 2 der Härterichtlinien

Vorlage 12/2209

17

Die CDU-Fraktion benennt Theodor Kruse als stellvertretendes Mitglied für die aus dem Gremium ausscheidende Abgeordnete Maria-Theresia Opladen.

Was die Nachfolge für das von der SPD-Fraktion benannte, vom Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte vorgeschlagene Beiratsmitglied Herbert Küpper anbelangt, will Jürgen Jentsch (SPD) mit dem genannten Bundesverband Kontakt aufnehmen, um zu erfahren, wen dieser als Nachfolger für Herrn Küpper vorschlägt.

**13 Reise einer Kommission des Ausschusses für Innere Verwaltung nach Frankreich**

Benennung der Teilnehmer und Festlegung des Reiseterrins

17

Der Vorsitzende nennt als Termin, auf den sich die Fraktionen geeinigt hätten, den 18. bis 23. April nächsten Jahres.

Außerdem bittet der Vorsitzende darum, dem Ausschußassistenten die Namen der Mitreisenden so rechtzeitig mitzuteilen, daß dieser die notwendigen Schritte, unter anderem beim Auswärtigen Amt und den diplomatischen Vertretungen, noch vor Weihnachten einleiten könne.

\*\*\*\*\*



Schließlich: Jeder, der versuche, sich in solchen Situationen vermittelnd einzuschalten - wobei er nur gute Absichten unterstelle -, müsse um das möglicherweise nicht nur positive Wirken seines Handelns wissen. Eventuell fühlten sich bis dahin friedliche, zum Gespräch mit der Polizei bereite Demonstrationsteilnehmer ermuntert, Gesprächsangebote der Polizei, um den Konflikt im direkten Kontakt zwischen Polizei und Demonstrationsteilnehmern zu lösen, abzulehnen. Einige Polizeibeamte hätten die Situation so erlebt. Deshalb sollte sich Herr Meyers, bevor er seinen Ausweis zeigte, bitte überlegen, ob er Gutes täte oder vielleicht das Gegenteil erreichte.

Der **Vorsitzende** teilt mit, er werde das Thema gemäß der eben erfolgten Rücksprache mit dem Minister in die Tagesordnung für die Sitzung des Ausschusses am 12. November aufnehmen.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 12/3300 und 12/3400

Einzelplan 03 - Bereich Inneres -

Vorlagen 12/2213 und 12/2265

Zuschriften 12/2108, 12/2154, 12/2178, 12/2200, 12/2278, 12/2279, 12/2321 und 12/2344

Der **Vorsitzende** teilt mit, am 19. November sei eine weitere Ergänzung zum Haushalt zu erwarten, die am 17.11. im Kabinett beraten werden solle. - Seine Antrags- und Abstimmungssitzung habe der Innenausschuß spätestens am 26. November durchzuführen.

**Jürgen Jentsch (SPD)** kritisiert die Kürzung im Bereich der sozialen Betreuung und Beratung von Flüchtlingen im Umfang von 4,5 Millionen DM, so daß nur noch 500 000 DM übrigblieben. Darüber werde die Fraktion noch beraten.